

.Entmilitarisierung der Welt - Der Weg zu einer Weltpolizei

Der militärische Nationalismus und seine Überwindung.

1. Ausgangslage: Sicherheit durch nationale Bewaffnung – der Rüstungswettlauf der Nationen:

Fast alle Nationen der Welt kennen seit Jahrtausenden für den Schutz vor Bedrohung ihrer nationalen Souveränität vor allem ein Mittel: bewaffnete Armeen. Ein mindestens ebenbürtiges Arsenal an militärischen Mitteln, soll potenzielle Angreifer abschrecken oder bei (angenommener) Überlegenheit der Waffen eine Chance auf Ausweitung des eigenen Machtbereichs eröffnen. Kontrolle über das Territorium, die Menschen, die Regierung / Machtzentrale, die Kommunikation, Ressourcen, Kultur, Religion ... das sind die Konfliktthemen, mit denen Nachbarn aneinander geraten können. Versagt die zivile Kommunikation und kluger Interessenausgleich, dann wird der Nachbar nach und nach zum Feind und die Bereitschaft zur Konfrontation mit militärischer Gewalt ist nicht mehr weit weg – weil eben diese Mittel schon lange bereitgehalten werden und ständig damit geübt wird. Die Bedeutung und die Macht von Nationen auf der Welt wird mehr denn je an der Verfügung über militärische Mittel gemessen. Deutschland soll und will "mehr Verantwortung" in der Weltpolitik übernehmen – das wird vor allem an der Ausweitung des Wehretats und speziell von Mitteln für ausländische Militäreinsätze gemessen – dann sind wir wieder wer im Konzert der Großmächte (wenn z.B. deutsche Soldaten in Libyen den Waffenstillstand überwachen würden); halten wir uns da zurück, und geben das Geld weniger martialisch aus, dann versinken wir in Bedeutungslosigkeit – so die Logik dieses national-militärischen Denkens.

Das ist vergleichbar mit dem Hausbesitzer, der glaubt, seine Sicherheit und seinen Respekt dadurch zu verbessern, dass er zusätzlich zu einem Revolver ein Schnellfeuergewehr anschafft. Ein Nachbar wird sich bedroht fühlen und ebenfalls nachrüsten usw. Im internationalen Maßstab führt dieses Sicherheitskonzept zum Wettrüsten und nach der Erfindung der Atombombe zu einem Zustand genannt: "MAD" - Mutual Assured Destruction. Die Atomkräfte (= Großmächte, s.o.) tun sich nichts, weil sie sich durch ihre atomaren Vernichtungsarsenale die mehrfache gegenseitige Vernichtung zusichern. Solange diese Zerstörungsmaschinerie unter Kontrolle von Nationen oder Bündnissen von Nationen existiert, ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Menschheit in einem "atomaren Winter" untergehen wird.

Bevor es dazu kommt, werden in sog. konventionellen Kriegen (ohne Atomwaffen) zur Klärung inter-nationaler Konflikte und Machtfragen noch viele Menschen ihr Leben lassen müssen und die Überlebenden in Trümmerlandschaften vegetieren oder die geliebte Heimat verlassen müssen. Trotz jahrzehntelanger Abrüstungsbemühungen bleibt eine Kennzahl für die internationale Entwicklung bleibend auf Wachstumskurs: die Ausgaben für Kriegsgerät und das Personal zur Bedienung desselben steigen beständig an. Das wird so bleiben, solange die Nationen an der Idee festhalten: Sicherheit durch nationale Bewaffnung.

2. Der militärische Nationalismus in Deutschland und Europa:

In der vergangenen 106 Jahren hat aggressiver deutscher Nationalismus, mit jeweils hochmodernen militärischen Machtmitteln ausgestattet, in Europa gewaltige Zerstörungen angerichtet und vielen Millionen Menschen das Leben gekostet. Aus diesem Grunde war es für einige Jahre nach dem 2. Weltkrieg in der jungen Bundesrepublik tabu, an eine Wiederbewaffnung zu denken. Schon 1956 war es dann aber wieder soweit. Die entstehende nationale Souveränität der neuen Bundesrepublik Deutschland konnte nur mit einer Bundeswehr gewährleistet werden. Der vorher vorhandene Bundesgrenzschutz reichte nicht mehr aus: Panzer, Jagdbomber, Kriegsschiffe, U-Boote mussten her, um gegen die Bedrohung aus dem kommunistischen Osten gewappnet zu sein. Diese Art der Bewaffnung ist für offensive (grenzüberschreitende) Kriegsführung geeignet und keineswegs konsequent auf Landesverteidigung ausgerichtet (dann würde der Schwerpunkt bei mobilen, schwer

zerstörbaren Panzer-, Flugzeug-, und Raketenabwehrsystem liegen). Die Möglichkeit eines effektiven zivilen Widerstands gegen militärische Bedrohungen wurde und wird in Deutschland kaum gesehen oder gar eingeübt.

Aber: Der deutsche Nationalismus in seiner militärischen Ausrichtung ist gebändigt. Der Angriffskrieg ist im Grundgesetz verboten. Die Armee steht unter Kontrolle des Parlaments. Der Soldat wird verstanden als "Bürger in Uniform". Die Bundesrepublik ist eingebunden in internationale Bündnisse und Systeme (NATO, EU, UN) zur Gewährleistung kollektiver Sicherheit. Das bietet eine gewisse Gewähr dafür, dass nationale Alleingänge mit der Bundeswehr nicht so leicht machbar sind, wie ohne diese. Es gibt Friedensfreunde, die der Überzeugung sind, um friedlicher zu werden, müsse die Bundesrepublik sofort aus der NATO ausscheiden - wenn es keine andere Einbindung der Bundeswehr in ein System kollektiver Sicherheit gibt, dann wird damit die Tür für militärisch gestärkten Nationalismus wieder weit aufgemacht; deshalb ist Forderung nach sofortigem Austritt aus der NATO nicht unbedingt friedensfördernd. Die Existenz deutsch-französischer und deutsch-holländischer Batallione sind greifbare Zeichen für die Überwindung alter Schützengräben und ein Schritt in Richtung einer Euroarmee, mit der dann deutsche Alleingänge mit Waffen prinzipiell nicht mehr möglich wären. Die schrittweise Überführung der nationalen Armeen in Europa in eine Euro-Armee; die Beschränkung der Nationen auf rein defensive Landesverteidigung (wie einst der Bundesgrenzschutz) - damit würde das Friedensprojekt Europa einen entscheidenden Schritt tun: es wäre rein militär-technisch und wegen des veränderten Selbstverständnisses nicht mehr möglich, dass die europäischen Nationen vernichtend aufeinander losgehen, wie in den Weltkriegen 1 und 2. Die Bundesrepublik rüstet also nicht allein für den Krieg, sondern im Bunde mit anderen Nationen, um die mögliche Bedrohung durch andere Bündnisse oder Großmächte abwehren / abschrecken zu können. So wird der o.g. Rüstungswettlauf aufrechterhalten und das Risiko eines großen Krieges mit deutscher Beteiligung ist dadurch nicht gebannt - was, wenn z.B. eines der deutschen Flugzeuge, die über Syrien im Einsatz sind, abgeschossen wird und der NATO-Partner Türkei den Verteidigungsfall ausruft, dann könnten sehr schnell sehr große Militärarsenale gegeneinander in Stellung gebracht und in höchste Alarmbereitschaft versetzt werden - mit deutscher Beteiligung.

3. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr – alternativlos? Pazifismus? Blauhelme?

Seit 1990 beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland mit Soldaten ihrer Bundeswehr an Einsätzen im Ausland, um dort auf kriegerische Übergriffe, schwere Menschenrechtsverletzungen und Bedrohungen des Weltfriedens durch Terrorgruppen einzuwirken; dies geschieht zum großen Teil mit, zu einem Teil aber auch ohne ein Mandat der Vereinten Nationen (UN), der einzigen Institution, die mit einer völkerrechtlich einwandfreien Legitimation in die Souveränität eines Landes eingreifen darf. Alles andere sind Aktionen selbsternannter Welt-Sheriffs, welche die Welt nach ihrem Gusto zurechtformen wollen. Das ist eine mögliche Ursache großer (Atom-) Kriege, wenn mehrere Welt-Sheriffs um die Vorherrschaft meinen kämpfen zu müssen; aktuell z.B. im Nahen Osten, wo Iran und Saudi-Arabien um die Vorherrschaft kämpfen und jeweils einen Welt-Sheriff an ihrer Seite wissen (Russland und USA).

Pazifismus, der radikale Verzicht auf jedwede Gewaltmittel, ist keine ausreichende Antwort auf solche internationalen Probleme; leider ist der Mensch nicht von Grund auf nur gut; den militärisch Gerüsteten würde das Feld überlassen. Böse Diktatoren hätten leichtes Spiel, ihre Macht auszuweiten. Damit vergleichbar wäre ein vollständiger Verzicht auf Polizeikräfte innerhalb eines Landes, wovon manche Friedensfreunde träumen. In vielen Ländern der Welt würde das zu einem höchst unfriedlichen Zustand führen; kriminelle Banden würden um die Vorherrschaft kämpfen; die Luft würde "bleihaltig"; zu besichtigen etwa in Somalia, wo die staatliche Autorität zerbrochen ist oder in Mexiko, wo die Polizeikräfte mit diesen Banden teilweise verbündet sind. Nur ein unabhängiges, unbestechliches staatliches Gewaltmonopol auf einer menschenfreundlichen gesetzlichen Grundlage kann friedliches Zusammenleben ermöglichen.

Im internationalen Maßstab gibt es ein solches Gewaltmonopol (auf der Basis des Völkerrechts bei den UN liegend) bisher nur recht eingeschränkt: Es gibt die Blauhelm-Soldaten; ad hoc von den UN zusammengestellte und beauftragte Militärkräfte mit oft schwacher Ausbildung, schlechter Besol-

dung und eingeschränktem Mandat (Beobachter-Rolle; Waffengebrauch nur zum Selbstschutz). Wegen dieser Mängel haben die Blauhelme immer mal wieder eine eher unrühmliche Rolle gespielt und deren Sache in Misskredit gebracht; z.B. konnten/wollten sie im Balkankrieg 1995 einen Massenmord in Srebrenica nicht verhindern, obwohl sie vor Ort waren.

Wegen dieser Mängel und wenn mehr militärische Wirkmacht erforderlich erscheint, z.B. in Afghanistan oder neuerdings in Mali, dann beauftragen die UN ad hoc gebildete Allianzen von Militärkräften aus "willigen" Ländern, darunter immer häufiger die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer Bundeswehr.

Diese Art das internationale UN-Gewaltmonopol auszuüben hat vier wichtige Nachteile:

a) Es handelt sich um nationale Militärkräfte, sichtbar u.a. durch das schwarz-rot-goldene Hoheitszeichen der Bundesrepublik, die als solche nicht neutral und überparteilich gesehen werden können; schnell aber als fremde Besatzer oder als Teil einer Koalition z.B. "des Westens" gegen "den Islam" wahrgenommen werden. Deutschland schafft sich dadurch Feinde und gerät verstärkt ins Visier von Kriegern z.B. des IS; die deutsche Freiheit und Sicherheit wird mit der Bundeswehr am Hindukusch möglicherweise mehr gefährdet als verteidigt.

b) Da es sich um nationale Militärs handelt sind sie nicht darauf vereidigt, dem Völkerrecht und einer Weltfriedensordnung zu dienen, und sonst nichts. Sie sind auch nicht darin geschult, den speziellen Erfordernissen von UN-Friedensmissionen gerecht zu werden.

c) die geringe Ortskenntnis der "Fremden", welche außerdem die einheimische Sprache und Gebräuche nicht kennen und ist immer ein Nachteil gegenüber den einheimischen Kräften, die in die Schranken gewiesen werden sollen (z.B. die Taliban in Afghanistan).

d) Außer dauerhafter Präsenz bieten sie wenig Perspektive für eine Zeit nach der Intervention - es sieht immer noch so aus, als würde die Bundeswehr noch Jahrzehnte in Afghanistan bleiben müssen, um das Land nicht im Bürgerkrieg untergehen zu lassen und wieder zur Heimat des internationalen Terrorismus werden zu lassen. Die Bundeswehr würde endgültig zur Besatzungsmacht.

Dazu gibt es eine Alternative:

4. Schritte auf dem Weg zur Weltpolizei

Die genannten Probleme könnten überwunden werden, wenn die Militärallianzen mit Soldaten aus verschiedenen Nationen mit UN-Mandat umgewandelt würden in eine genauso gut oder noch besser ausgestattete UN-Blauhelm-Truppe.

Voraussetzungen dafür wären:

- Eine Ausweitung des Mandats der Blauhelme in Richtung aktiver militärischer Intervention, über den Selbstschutz hinaus.
- Der Aufbau einer dauerhaft präsenten, gut ausgebildeten, bestens ausgestatteten und bezahlten Kerntruppe von UN-Berufssoldat*innen, deren Einheiten grundsätzlich international besetzt sind und die einen Treue-Eid nicht auf das Grundgesetz oder andere nationale Gesetze, sondern auf die UN-Charta leisten und für diese Art von Missionen speziell geschult werden.
- Frauen sollten in diesen Einheiten zu 50% vertreten sein (das alte nationalistische Militärsystem war und ist "Männersache").
- Die Kerntruppe von internationalen Sicherheits-Profis würde je nach Auftrag und Einsatzraum erweitert um Kräfte aus allen Teilen der lokalen Bevölkerung, in deren Bereich sich der jeweilige Konflikt abspielt – alle relevanten Ethnien, Konfessionen, politischen Ausrichtungen sollten in den militärischen Einsatzkräften vertreten sein, damit sie nicht als "fremd" von "außen" kommend wahrgenommen werden und nicht nur die Waffen, sondern auch Worte sprechen lassen können.
- Der Aufbau einer dauerhaften und damit schnell handlungsfähigen Kommandostruktur, die dem Weltfriedensrat und der UN-Vollversammlung untergeordnet ist. Die Führungskräfte in diesem Kommando wären neben ihrer militärischen Expertise, zur (mehrsprachigen) Kommunikation mit allen zivilen Ebenen der internationalen Friedenssicherung in der Lage.

Das hätte dann auch eine Perspektive: Das betroffene Land könnte sich entscheiden, zukünftig seine nationale Souveränität, weniger durch nationale Militärs, sondern mehr oder weniger durch

diese internationale, zur Hälfte aus Einheimischen bestehende UN-Schutztruppe gewährleisten zu lassen; wer dieses Land bedroht, hätte dann sofort nicht mit der Gegenwehr der nationalen Armee zu rechnen – sondern die gut gerüstete Weltgemeinschaft mit all ihren Hebeln wäre präsent. Mit dieser Umrüstung könnte eine Perspektive entstehen, wie die Nationen nach und nach auf nationale Bewaffnung verzichten, ohne die Sicherung ihrer Souveränität zu schwächen. Das Wettüben der Nationen würde allmählich unnütz. Am Ende dieses Weges könnte sogar auf MAD – die gegenseitig zugesicherte atomare Vernichtung – verzichtet werden. Riesige Mittel würden frei – nur ein Industriezweig würde nicht mehr floriieren: die Waffenindustrie hätte nur noch einen Abnehmer für etwas schweres Kriegsgerät – die UN.

5. Folgerungen für aktuelle deutsche Politik, z.B. in Afghanistan.

- Beendigung der Bundeswehrmandate für Auslandseinsätze. Beschränkung der Bundeswehr auf Landesverteidigung (siehe Grundgesetz).
- Verwendung der frei werdenden materiellen und personellen Ressourcen für den Aufbau einer militärisch bestens ausgestatteten und ausgebildeten Blau-Helm-Kerntruppe von jederzeit einsetzbaren, dauerhaft präsenten Berufssoldat*innen.
- Die Bundeswehrstandorte im Ausland werden umgewidmet in Blauhelm-Standorte; die Soldat*innen kommen aus Deutschland, einigen anderen Ländern und aus der Region. Die nicht mehr der Bundeswehr dienenden hochqualifizierten deutschen Sicherheitsprofis könnten als Ausbilder sehr wertvoll sein. Alle werden auf die UN-Charta vereidigt und mit entsprechenden Hoheitszeichen ausgestattet. Sie sind dann nicht mehr Bundeswehrsoldat*innen.
- Jede Einheit ist international besetzt, hat lokale Ortskenntnisse und kann in der einheimischen Sprache kommunizieren. Sie kann mit nicht-militärischen Institutionen kooperieren. Jungen Männern und Frauen, die z.B. damit liebäugeln bei den Taliban anzuheuern, könnte eine interessante Alternative angeboten werden.
- Ein hoher Anteil von Frauen in jeder militärischen Einheit ist ein Garant gegen einen Rückfall dieser Militäreinheiten in die alten – von Männern gemachten und dominierten – Beherrschungsformen und Machtmissbrauch.
- Deutschland könnte so Verantwortung in der Welt und eine Führungsrolle übernehmen, ohne dass die Welt Angst vor einem neuen deutschen, militärisch hochgerüsteten Nationalismus haben müsste.